

AKTUELLE CHRONIK
(September - November 1983)

von
Herbert Kaminski

S Ü D A S I E N

BANGLADESH. Am 23.9. wurde Ex-Minister Akbar Hossain eine Woche nach seiner Rückkehr aus dem Exil verhaftet.

Am 10.10. versprach die Regierung den Guerillas der Chittagong-Berge, die sich ergäben, General-Amnestie und Landzuteilung.

Am 30.10. demonstrierten etwa 2.000 Oppositionsführer und Studenten in Dkaha; sie riefen zum Generalstreik auf, der am 1.11. für sechs Stunden teilweise befolgt wurde. Hauptforderung der Demonstranten war die Beendigung der Militärherrschaft. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei.

Am 4.11. forderte Staatschef General Ershad die Opposition ultimativ auf, ihre Aktivitäten gegen die Regierung einzustellen. Am 14.11. kündigte er Präsidentschaftswahlen für den 24.5.84 sowie Parlamentswahlen für Nov. 1984 an. Beide Wahlen sollen auf der Basis der im März 1982 suspendierten Verfassung abgehalten werden, die einen starken Präsidenten sowie ein Mehr-Parteien-System vorsieht. Gleichzeitig gab General Ershad am 14.11. die sofortige Aufhebung aller Beschränkungen des politischen Lebens bekannt.

Vom 15.-17.11. Besuch der britischen Königin Elizabeth II.

Am 20.11. Besuch des kanadischen Premierministers Pierre Trudeau.

Am 27./28.11. schwere Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Ordnungskräften. Daraufhin Wiedereinführung der Ausgangssperre und des Verbots politischer Aktivitäten. Die Sowjetunion wurde aufgefordert, ihr Kulturinstitut zu schließen und das Personal ihrer Botschaft in Dhaka um 50% zu reduzieren. Dhaka wirft Moskau vor, sich in die inneren Angelegenheiten Bangladeshs einzumischen.

INDIEN. Am 5.9. gaben vier Oppositionsparteien die Bildung einer Allianz bekannt; gemeinsam wollen sie bei den Wahlen, die für nächstes Jahr erwartet werden, gegen Premierministerin Indira Gandhi antreten.

Am 5. und 6.9. wurden in Chandigarh ca. 800 kommunistische Demonstranten festgenommen.

Am 18.9. wurde ein von ca. 10 Mio. Menschen aus Tamil Nadu unterschriebenes Memorandum an die UNO geschickt, in dem eine Untersuchung des Völkermords an den Tamilen in Sri Lanka gefordert wird.

Am 23.9. Besuch von Premierministerin I. Gandhi in Athen.

Am 24.9. Zusammenstöße zwischen Hindus und Moslems in Hyderabad (drei Tote).

Am 28.9. große Demonstrationen und 24-Stunden-Streik in West-Bengalen. Die Polizei setzte Schußwaffen ein: mindestens zwei Tote und vierzig Verletzte.

Am 1.10. demonstrierten 150 Exil-Tibeter vor der chinesischen Botschaft gegen die angebliche Hinrichtung von fünf Tibetern sowie die Verhaftung von etwa 1.500 Menschen in Ihasa.

Am 6.10. Überfälle von aufrührerischen Sikhs auf einen Zug und einen Bus im Punjab (mindestens acht Tote). Am 10.10. bietet I. Gandhi den Sikh-Führern Verhandlungen an.

Am 15.10. in Chandigarh drei Tote und 25 Verletzte bei einem Sprengstoffanschlag auf eine religiöse Zeremonie. Am 17.10. vier Tote und 36 Verletzte durch Polizeieinsatz beim Versuch, kämpfende Moslems und Hindus in Karmala/Maharashtra auseinanderzutreiben. Am 23.10. starben elf Menschen bei Unruhen in Bihar.

Am 23.10. Ankunft einer chinesischen Delegation unter Führung des Vize-Außenministers Gong Dafei zur vierten Runde der indisch-chinesischen Grenzverhandlungen. Die Polizei verhaftete am 24.10. ca. 500 tibetische Flüchtlinge, die gegen diese Verhandlungen demonstrierten. Am 29.10. versuchten 200 Exil-Tibeter, die chinesische Botschaft in New Delhi zu stürmen; auch sie wurden festgenommen.

Am 29.10. Unruhen während des Besuchs von I. Gandhi im Punjab (zwei Tote).

Am 6./7.11. Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl.

Am 7.11. schweres Bombenattentat auf einem Bahnhof in Assam (mindestens 14 Tote); am 8.11. wurden im Zusammenhang mit diesem Attentat 60 Menschen verhaftet.

Indien trat der "International Bauxit Association" bei, nachdem durch neue Funde seine Bauxit-Vorkommen jetzt auf 2,5 Mio.t. geschätzt werden.

Am 17.11. Besuch der britischen Königin Elizabeth II.

Am 23.11. Eröffnung der Commonwealth-Konferenz in New Delhi.

NEPAL. Am 30.9. sollen etwa 300 Studenten verhaftet und zwei führende Oppositionspolitiker unter Hausarrest gestellt worden sein wegen Verstoßes gegen das politische Versammlungsverbot.

Am 2.10. forderte Krishna Prashad Bhattarai, amtierender Präsident der verbotenen Nepali Congress-Partei, die Freilassung der Studenten.

PAKISTAN. Am 1.9. gab die Militärregierung die Richtlinien der aufzubauenden islamischen Republik Pakistan bekannt.

Am 3.9. sollen von Demonstranten gegen das Kriegsrecht in Moro/Sindh sieben Polizisten getötet worden sein.

Vom 8.-11.9. Reise des Staatspräsidenten Zia-ul Haq durch die unruhige Sindh-Provinz, während der es zu zahlreichen Demonstrationen kam.

Am 18.9. entließ die Regierung anlässlich eines muslimischen Feiertages 1.000 inhaftierte Demonstranten.

Am 26.9. wurde der Oppositionsführer Abdul Wali Khan bei seiner Rückkehr aus London verhaftet.

Am 29.9. mindestens 17 Tote und 48 Verletzte durch Truppeneinsatz gegen Demonstranten in Sindh; Ursache der Unruhe waren die Regionalwahlen, von denen die Oppositionsparteien ausgeschlossen waren.

Am 30.9. Besuch des US-Verteidigungsministers Caspar Weinberger, der weitere Waffenlieferungen vereinbarte und zusicherte, daß die bürgerkriegsähnlichen Zustände in Pakistan das bilaterale Verhältnis nicht belasteten.

Am 6.10. demonstrierten etwa 4.000 Menschen, darunter 2.000 Richter, in Lahore gegen die Militärherrschaft. Am 8.10. wurde bekannt, daß 86 Richter verhaftet worden waren.

Am 14.10. schwere Zusammenstöße zwischen sunnitischen und schiitischen Moslems in Karachi während religiöser Feierlichkeiten.

Am 18.10. Verhaftung von Mohammad Rafi Butt, Herausgeber der oppositionellen Zeitung "Haider" in Rawalpindi.

Pakistan und Süd-Korea haben ihre diplomatischen Beziehungen auf Botschafter-Niveau angehoben; damit unterhält Islamabad volle diplomatische Beziehungen sowohl mit Pyyongyang als auch mit Seoul.

Am 20.11. flüchtete ein afghanischer Pilot mit seinem Kampfflugzeug nach Pakistan.

SRI LANKA. Am 5.9. reduzierte die Regierung die Ausgangssperre von vier auf drei Stunden und lockerte die Pressezensur; beide Maßnahmen waren im Zusammenhang mit den schweren Unruhen zwischen Tamilen und Singhalesen im Juli 1983 erlassen worden. Am 16.9. konnten die Einschränkungen ganz aufgehoben werden.

Am 23.9. brachen 212 von 250 Insassen des Gefängnisses in Batticaloa aus - der größte Gefängnisausbruch in der Geschichte des Landes. Der Ausbruch wurde von Tamilen

geleitet, die aus dem Gefängnis Colombos (wo bei Unruhen 52 tamilische Gefängnisinsassen ums Leben gekommen waren) dorthin verlegt worden waren. Viele der Ausgebrochenen wurden wieder verhaftet. Die tamilischen Anführer konnten entkommen, wahrscheinlich nach Indien.

Anandatissa de Alwis, Minister für Tourismus und Information warnte die Regierung, daß der für das Land wirtschaftlich so außerordentlich wichtige Tourismus total zusammenbrechen werde, wenn nicht entschlossene Gegenmaßnahmen (z.B. Hilfestellungen für Hotels) ergriffen würden. Nach den Rassenunruhen ging die Anzahl ausländischer Besucher um 75% zurück. In einem Sofort-Programm stellte die Regierung 3 Mio. US\$ zur Verfügung.

Am 24.10. verloren diejenigen Abgeordneten der Tamil United Liberation Front (TULF) ihren Parlamentssitz, die seit drei Monaten die Parlamentssitzungen boykottierten. Dadurch wurde die Sri Lanka Freedom Party größte Oppositionspartei und deren Anführer, der 34jährige Anura Bandaranaike - Sohn von Solomon und Sirimavo Bandaranaike (beide ehemalige Ministerpräsidenten Sri Lankas), zum Oppositionsführer. Diese Position wird er voraussichtlich wieder verlieren, wenn die TULF durch Nachwahlen ihre Parlamentssitze wieder einnehmen sollte.

S Ü D O S T A S I E N

BIRMA. Am 5.9. Besuch von Präsident San Yu in Ungarn.

Bo Ni, ehemaliger Innen- und Religionsminister, wurde wegen widerrechtlicher Verwendung öffentlicher Mittel zu lebenslanger Haft verurteilt; zusätzlich wurde er wegen illegaler Einfuhr einer elektrischen Orgel aus London zu sieben Jahren unter verschärften Haftbedingungen verurteilt.

Am 9.10. wurden 19 Menschen, einschließlich vier südkoreanische Minister einer Regierungsdelegation, durch ein Bombenattentat getötet. Der südkoreanische Präsident Chun Doo Hwan entging dem Anschlag nur knapp. Am 11.10. gab die Regierung bekannt, daß die Polizei einen koreanischen Terroristen erschossen, einen gefangengenommen habe und nach einem dritten suche; am 12.10. wurde auch dieser gefaßt. Am 14.10. wurden die Stellvertretenden Minister für Inneres und Religion sowie für Handel entlassen. Am 17.10. gab die Regierung offiziell bekannt, daß drei Koreaner für das Bombenattentat verantwortlich seien. Am 4.11. erklärte die Regierung, die gefaßten Koreaner hätten im Auftrag Nord-Koreas gearbeitet. Rangun brach daraufhin die diplomatischen Beziehungen zu Pjöngjang ab. Am 22.11. wurde gegen die beiden Koreaner wegen Mordes und illegalen Waffenbesitzes Anklage erhoben.

Am 14.11. wurde Tin Oo, ehemaliger Geheimdienstchef und bis zu seinem Sturz im Mai 1983 einer der mächtigsten Männer des Landes, wegen Veruntreuung öffentlicher Mittel zu fünfmal lebenslänglich verurteilt.

Am 25.11. ließen Karen-Rebellen einen französischen Ingenieur und seine Frau nach fünfwöchiger Gefangenschaft frei.

BRUNEI. Am 21.9. Besuch des britischen Staatssekretärs für Auswärtige und Commonwealth-Angelegenheiten, Richard Luce. Einigung über den Verbleib des Gurkha-Bataillons in Brunei; es bleibt unter britischer Kontrolle und soll für den Schutz der Erdöl- und Erdgas-Felder eingesetzt werden, nicht zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit.

INDONESIEN. Anfang Sept. Besuch des Verteidigungsministers Singapurs, Goh Chok Tong; es wurde vereinbart, gemeinsame Manöver nicht nur mit den See- und Luftstreitkräften, sondern auch mit den Landstreitkräften durchzuführen.

Am 5.9. gab eine Menschenrechtsgruppe in Jakarta bekannt, daß in den letzten sechs Monaten mehr als 1.000 Ex-Sträflinge und angebliche Kriminelle von Armeeangehörigen getötet wurden.

Zweite Hälfte Sept. fanden "Sicherheits-Operationen" mit Verhaftungen und Hausdurchsuchungen in Ost-Timor zur Bekämpfung der Fretilin-Guerillas statt.

Anfang Okt. erließ Präsident Suharto neue Richtlinien zur effektiveren Bekämpfung der Korruption.

Mitte Okt. verbot die Regierung die islamische Sekte Inkarussunnah wegen Störung der öffentlichen Ordnung und der harmonischen Beziehungen zwischen den religiösen Gruppen.

Am 20.10. Eröffnung des Nationalkongresses von Golkar (Zusammenschluß funktionaler Gruppen); am 25.10. wurde General Sudharmono zum neuen 1. Vorsitzenden und Sarwono Kusumaatmadja zum neuen Generalsekretär gewählt.

Ende Okt. gab die Daimler Benz AG durch ihre Partnerfirma in Jakarta bekannt, daß sie in Indonesien eine Motorenfabrik bauen werde, die 1985 ihre Produktion aufnehmen soll.

Am 26.10. gab ein UN-Vertreter bekannt, daß mehr als 600 Boat-People nach Indonesien geflüchtet sind.

Am 4./5.11. Besuch von Bundeskanzler H. Kohl; Jakarta appellierte an Bonn, etwas gegen das große Defizit zu Lasten Indonesiens in der bilateralen Handelsbilanz zu unternehmen.

Am 7.11. Treffen der ASEAN-Außenminister in Jakarta; es wurde die Bildung einer Kommission zur Unterstützung

der Forderung nach Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha beschlossen.

KAMBODSCHA. Am 24.9. sollen vietnamesische Truppen einen Angriff auf einen Stützpunkt der Khmer People's National Liberation Front nahe der Grenze zu Thailand unternommen haben.

Am 5.10. sollen Widerstandskämpfer der Fraktion Sihanouks vietnamesische Einheiten in West-Kambodscha angegriffen haben.

Am 6.10. Besuch einer albanischen Regierungsdelegation.

Am 12.10. akzeptierte die UN-Generalversammlung die Delegation des Demokratischen Kampuchea unter Führung von Norodom Sihanouk.

MALAYSIA. Am 9.9. bekräftigte die Regierung ihren Anspruch auf die kleine Insel Terumbu Layang der Spratly-Gruppe, die auch von Vietnam beansprucht wird; malaysische Truppen sollen die Insel besetzt haben.

Am 17.9. wurde die Agentur von Aeroflot in Kuala Lumpur durch einen Brandanschlag zerstört (wahrscheinlich eine Reaktion auf den Abschluß der koreanischen Verkehrsmaschine).

Am 24.9. gewann die regierende Koalition National Front innerhalb von drei Wochen die dritte Nachwahl gegen die führende islamische Oppositionspartei PAS.

Am 10.10. gab Datuk Lee San Choon, Ex-Transportminister und ehemaliger Präsident der Malaysian Chinese Association seinen Parlamentssitz auf.

Mitte Okt. Kredit-Skandal bei der Bumiputra Malaysia Finance; mehrere Direktoren mußten ihren Dienst quittieren.

Am 17.10. wurden das Parlament des ost-malaysischen Bundesstaates Sarawak vorzeitig aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben.

Malaysia erzielte im 1. Halbjahr 1983 einen Handelsbilanzüberschuß von 335,2 Mio.M\$ (= 142,9 Mio.US\$) - im Vergleich zu einem Defizit von 621,6 Mio.M\$ im gleichen Vorjahreszeitraum.

PHILIPPINEN. Anfang Sept. setzte die Kommission zur Untersuchung der Hintergründe von B. Aquinos Ermordung ihre Arbeit fort. Am 12.9. suspendierte sich die Kommission selbst bis zur Entscheidung des Obersten Gerichtshofes über ihre Legalität und trat am 10.10. zurück. Am 14.10. ernannte Staatspräsident Marcos eine neue Untersuchungskommission; am 22.10. berief er weitere Mitglieder.

Am 8.9. erklärte Imelda Marcos, Ehefrau von Staatspräsident Ferdinand Marcos, daß ihr die Ermordung von

B. Aquino keinerlei Vorteil brächte und daß sie 1984 von allen ihren öffentlichen Ämtern zurücktreten werde.

Am 10.9. entließ Staatspräsident Marcos 37 politische Häftlinge.

Mitte Sept. zahlreiche Demonstrationen gegen die Regierung Marcos. Der Führer der Opposition, Salvador Laurel, legte am 15.9. aus Protest sein Parlamentsmandat nieder. Am 25.9. drohte F. Marcos scharfe Gegenmaßnahmen, bis zur Wiedereinführung des Kriegsrechts, an, wenn die regierungsfeindlichen Straßen-Demonstrationen weitergehen sollten. Trotzdem fanden weitere Demonstrationen statt.

Vom 3.-6.10. streikten tausende von philippinischen Arbeitern auf den US-Basen für höhere Löhne; ein von beiden Seiten unterzeichnetes Abkommen beendete den Streik.

Am 31.10. erklärte Staatspräsident Marcos, daß im Falle seines Todes oder seiner Regierungsunfähigkeit die Amtsgeschäfte vom Ministerpräsidenten wahrgenommen würden.

Am 19.11. gab die Regierung die Bildung einer Spezialeinheit zur Terroristen-Bekämpfung bekannt, die in Manila für Ruhe und Ordnung sorgen soll.

Der IMF stellte fest, daß die Philippinen weitere 3,3 Mrd. US\$ ausländische Kredite brauchen, um ihre gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden.

Ende Nov. nahezu täglich große Demonstrationen in Manila, die den Rücktritt von Staatspräsident Marcos fordern.

SINGAPUR. Vom 22.-25.9. Besuch von König Hussein von Jordanien.

Am 14.10. starb Finanzminister Hon Sui Sen im Alter von 67 Jahren durch Herzinfarkt.

Am 30.10. traf Außenminister S. Dhanabalan mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Gaston Thorn, zusammen.

THAILAND. Am 9.9. brachten mehr als 70 Oppositions-Abgeordnete einen Mißtrauensantrag gegen Innenminister Sitthi Jirarote ein.

In der ersten Hälfte Sept. verließen mehr als 30 Sowjet-Bürger, die der Spionage verdächtig waren, Thailand.

Am 14.9. wurde General Arthit Kamlang-ek zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte ernannt.

Am 25.9. Besuch von König Hussein von Jordanien.

Am 31.10. Besuch des Präsidenten der Europäischen Kommission, Gaston Thorn.

Anfang Nov. sollen sich ca. 1.900 Guerillas, einschließlich Moslem-Separatisten sowie Mitglieder und Sympathisanten der Kommunistischen Partei, den Behörden ergeben haben.

Am 20.11. Besuch des australischen Premierministers Bob Hawke.

VIETNAM. Am 8.9. forderte die Regierung Malaysia auf, die besetzte Insel der Spratly-Gruppe zu räumen.

O S T A S I E N

VR CHINA. Am 1.9. Besuch von König Hussein von Jordanien.

Am 4.9. Ankunft des japanischen Außenministers Shintaro Abe und fünf weiterer Minister zu den chinesisch-japanischen Ministergesprächen.

Am 8.9. Besuch des sowjetischen Stellv. Außenministers Mikhail Kapitsa.

Am 12.9. traf der iranische Außenminister Ali Akbar Velayati seinen chinesischen Kollegen Wu Xueqian in Peking.

Am 14.9. protestierte die chinesische Regierung gegen die militärische Besetzung einer Insel der Spratly-Gruppe durch Malaysia.

Am 25.9. Besuch von US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger. Am 28.9. gab C. Weinberger bekannt, daß US-Präsident Ronald Reagan die VR China im April besuchen werde; der Besuch Ministerpräsident Zhao Ziyangs in Washington ist für Jan. 1984 vorgesehen. Außerdem erklärte C. Weinberger, daß die USA der VR China Flug- und Panzer-Abwehrwaffen sowie andere Verteidigungswaffen liefern werde. Die USA und China wollen ihr Programm der militärischen Zusammenarbeit im nächsten Jahr beleben.

Am 4.10. Ankunft des sowjetischen Stellv. Außenministers Leonid Ilyichev zur 3. Runde der chinesisch-sowjetischen Normalisierungsgespräche.

Am 5.10. wies ein Regierungssprecher die Anklage des Dalai Lama wegen Hinrichtung von Dissidenten in Tibet als grundlos zurück. Es seien sechs Häftlinge hingerichtet worden, diese seien jedoch keine politischen Gefangenen gewesen.

Am 6.10. Besuch des Präsidenten von Gabun, Omar Bongo.

Am 11.10. Besuch von Außenminister Wu Xueqian in Washington, wo er auch Gespräche mit US-Präsident Reagan führte.

Am 12.10. wurde bekannt gegeben, daß die Kommunistische Partei Chinas von Linksabweichlern und korrupten Elementen gesäubert werden solle.

Am 17.10. Ankunft des Obersten Richters Hongkongs, Sir Denys Roberts.

Am 19.10. wurde berichtet, daß nahezu alle Parteimitglieder der Armee zur öffentlichen Selbstkritik aufgefordert wurden.

Am 1.11. Besuch des Präsidenten der Europäischen Kommission, Gaston Thorn.

Am 21.11. Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten Constantin Dascalescu.

Am 28.11. Besuch des kanadischen Ministerpräsidenten Pierre Trudeau.

HONGKONG. Vom 20.9.-23.9. war Gouverneur Sir Edward Youde zur 4. Verhandlungsrunde über die Zukunft Hongkongs in Peking.

Am 29.9. Besuch von US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger.

Am 27.10. Treffen der britischen Premierministerin Margaret Thatcher mit Gouverneur Youde in London.

Am 19./20.10. und 14./15.11. fanden weitere Gesprächsrunden über Hongkongs Zukunft statt; ein nächstes Treffen wurde für 7./8.12. vereinbart.

JAPAN. Am 12.10. wurde der ehemalige Ministerpräsident Kakuei Tanaka der passiven Bestechung für schuldig befunden und zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Tanaka legte sofort Berufung ein und erklärte, er werde nicht aufgeben und auch seinen Parlamentssitz nicht abgeben.

Vom 31.10.-4.11. Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl.

Am 6.11. Demonstrationen gegen den bevorstehenden Besuch des US-Präsidenten Ronald Reagan.

Nachdem das Untersuchungsergebnis der Behörden in Rangun über die Hintergründe des Bombenattentats vorlagen, beschloß die japanische Regierung am 7.11., die Beziehungen zu Nord-Korea auf verschiedenen Gebieten zu reduzieren.

Am 7.11. beschlossen die regierende Liberal-Demokratische Partei und die Regierung, das Parlament (Unterhaus) am 26.11. vorzeitig aufzulösen und für den 18.12.83 Neuwahlen auszuschreiben.

Vom 9.-12.11. Besuch des US-Präsidenten R. Reagan.

Am 23.11. Besuch des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chinas Hu Yaobang.

Am 28.11. löste Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone das Unterhaus auf; Neuwahlen finden am 18.12. statt.

Am 28.11. Besuch des süd-koreanischen Außenministers Lee Won Kyung.

SÜD-KOREA. Am 1.9. schoß die Sowjetunion eine unbewaffnete Linienmaschine der süd-koreanischen Fluggesellschaft KAL ab, die sich auf dem Flug von Paris über Anchorage nach Seoul auf sowjetisches Hoheitsgebiet verfliegen hatte. Alle 269 Passagiere und Besatzungsmitglieder des

Jumbo-Jets kamen ums Leben. Die USA, Süd-Korea, Japan und viele andere Staaten protestierten aufs schärfste gegen dieses Vorgehen. In Seoul fanden große Demonstrationen gegen die Sowjetunion statt.

Am 10.9. Besuch von König Hussein von Jordanien.

Am 21.9. Bombenattentat auf das US-amerikanische Kulturinstitut in Taegu (ein Toter und mehrere Verletzte).

Am 27.9. erklärte der führende Regimekritiker Kim Young Sam, er und seine Freunde wollten einen gewaltlosen Kampf für eine Verfassungsänderung mit dem Ziel der Rückkehr zur Demokratie und Direktwahl des Präsidenten führen.

Am 29.9. setzte die Polizei Tränengas gegen regierungsfeindliche Demonstranten auf dem Gelände der Yonsei-Universität in Seoul ein.

Am 4.10. wurde die Konferenz der Inter-Parlamentarischen Union in Seoul eröffnet.

Am 14.10. bildete Präsident Chun Doo Hwan nach dem Tod von vier Ministern bei dem Bombenattentat in Rangun sein Kabinett um.

Anfang Nov. hielten die kombinierten amerikanisch-südkoreanischen Truppen Übungen in der Nähe der Grenze zu Nord-Korea ab.

Am 12.11. Ankunft US-Präsident Reagans, gegen dessen Besuch am 9.11. Demonstrationen stattgefunden hatten.

TAIWAN. Am 14.11. flüchtete der 28jährige Pilot der chinesischen Volksarmee, Wang Xuecheng, mit einer MiG-17 nach Taiwan; er erhielt eine Prämie von 1,3 Mio. US\$ in Gold.

S Ü D P A Z I F I K

AUSTRALIEN. Am 22.10. gewann der Premierminister von Queensland, Joh Bjelke-Petersen, die Wahlen in diesem Bundesstaat.

Am 3.11. trat Stewart West, Minister für Einwanderung, von seinem Amt zurück, nachdem das Kabinett das Roxby Downs-Uraniumprojekt befürwortet hatte; am 7.11. stimmte auch der Parteitag der regierenden Labor Party diesem Projekt zu.

Am 16.11. Besuch des französischen Außenministers Claude Cheysson.

PAPUA-NEUGUINEA. Am 19.9. wurde Verteidigungsminister Epel Tito seines Amtes enthoben, weil er eine indonesische Invasion des Landes für möglich hielt; er wurde Post- und

Informationsminister; der bisherige Inhaber dieses Amtes, Boyamo Sali, wurde Verteidigungsminister.

SÜDPAZIFISCHE INSELN. Am 11.11. wurde der Ministerpräsident von Vanuatu, Walter Lini, in sein Amt wiedergewählt - wenn auch mit einer verringerten Mehrheit.

Am 23.11. gab der französische Minister für Übersee-territorien, Georges Lemoine, einen Fünf-Jahres-Zeitplan für den Prozeß der Unabhängigkeitswerdung von Neu-Kaledonien bekannt.